

Pensionsreform unter Druck: Wird das Antrittsalter endlich angehoben?

Ingrid Korosec fordert Anpassungen im Pensionssystem, um Budgetentlastung zu erreichen. Der Artikel beleuchtet zentrale Herausforderungen und Maßnahmen.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - In Österreich gerät das Pensionssystem zunehmend unter Druck. Ingrid Korosec, Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes, fordert nun eine Anpassung des faktischen Pensionsantrittsalters an das gesetzliche Alter von 65 Jahren. Laut Korosec würde diese Maßnahme dem Staat jährlich etwa 2,8 Milliarden Euro einsparen. Zudem wird das Antrittsalter für Frauen bis 2033 dem der Männer angeglichen, was die staatlichen Zuschüsse insgesamt um rund 10 Milliarden Euro verringern könnte. Aktuell beenden etwa 44 Prozent der Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren ihre Erwerbstätigkeit nicht über reguläre Kündigung, sondern über Krankenstand oder Arbeitslosigkeit. Die Zahlen zeigen, dass Männer im Jahr 2023

durchschnittlich nur bis 62,2 Jahre erwerbstätig waren, was die Dringlichkeit dieser Reformen unterstreicht. Korosec appelliert an die Verantwortlichen in der Regierung, Fakten zu liefern und schnell zu handeln, anstatt Ängste zu schüren, wie auf **OTS.at** berichtet.

Politische Herausforderungen und Zukunft des Pensionssystems

Die letzte umfassende Reform des Pensionssystems liegt bereits 20 Jahre zurück, und viele Experten warnen davor, dass der Druck zur Reformierung wächst. Christoph Badelt, Präsident des Fiskalrats, betont, dass sich die Alterung der Gesellschaft sowohl auf die Pensions- als auch auf die Pflegekosten negativ auswirken wird. Dies könnte in der Zukunft zu erheblichen finanziellen Belastungen führen. Eine mögliche Lösung wäre, das gesetzliche Pensionsantrittsalter angesichts der gestiegenen Lebenserwartung schrittweise zu erhöhen. Momentan gehen Männer im Schnitt mit rund 62 Jahren und Frauen mit etwa 60 Jahren in Pension, was an die Verhältnisse der 1970er-Jahre erinnert. Die Alterssicherungskommission wurde 2017 gegründet, um die finanzielle Stabilität des Pensionssystems zu überwachen. Ein neuer Vorsitzender, Christine Mayrhuber, übernimmt diese Herausforderung, wie **die Presse berichtet**.

Die Herausforderungen sind klar: Die Ausgaben für die gesetzliche Pensionsversicherung könnten bis 2028 von 12,7 Milliarden Euro auf 21,8 Milliarden Euro steigen. Dies wird durch eine steigende Anzahl an Pensionszugängen und der hohen Inflation bedingt. Trotz gegenteiliger Prognosen der Verantwortlichen im Sozialministerium ist Handlungsbedarf angesagt, um die Anpassungen erfolgreich durchzuführen. Doch oft stehen parteipolitische Diskussionen im Vordergrund, während essentielle Reformen auf der Strecke bleiben. Klar ist, dass der Pensionsdialog ein neues Level der Ernsthaftigkeit und Transparenz erreichen muss, um nachhaltig positive Veränderungen zu ermöglichen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at